

Einlassung

Dass die Besetzung des Nordflügels des Stuttgarter Hauptbahnhofs hier vor Gericht als Hausfriedensbruch und damit als Straftat behandelt wird, ist eine politische Entscheidung.

Es ist eine politische Entscheidung derjenigen, die ein Interesse daran haben, den legitimen und gewaltlosen Widerstand gegen das Milliardengrab Stuttgart 21 zu kriminalisieren.

Hinter dieser Entscheidung steht das Bestreben der Profiteure dieses Projekts, es unter allen Umständen durchzuziehen entgegen dem Willen der Stuttgarter Bevölkerung. Das wären dann Bahnchef Grube, die Chefetagen der am Projekt beteiligten Bauunternehmer und Immobilienfirmen und ihrer politischen Vertretung.

Dass diese sogar bereit war, den friedfertigen Protest mit gewalttätigen Methoden zurückzuschlagen, hat der 30. September 2010 eindeutig bewiesen. Doch die Gewalt ging in keiner Weise von den Gegnerinnen und Gegnern des Milliardengrabes Stuttgart 21 aus, sondern allein von der Polizei, die den Park mit Knüppeln, Wasserwerfern und Pfefferspray von Schülerinnen und Schülern räumen wollte.

Auch hier lässt sich feststellen, dass nach mehr als einem halben Jahr die Ermittlungen gegen Polizeibeamte, gegen die auf Grund des Einsatzes Anzeige erstattet wurde, weiterhin auf sich warten lassen. Und das, während im Wochentakt S-21-Gegnerinnen und -gegner abgeurteilt werden.

Und auch das ist eine politische Entscheidung.

Hinter Stuttgart 21 steht das Interesse einer reichen Minderheit gegen das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Dass die Stuttgarter Bevölkerung sich das nicht bieten lässt und durchaus in der Lage ist, von einem lebendigen Demokratiebegriff Gebrauch zu machen, haben die Massendemonstrationen in den letzten Wochen und Monaten gezeigt.

Bei allen Aktionen ist der Widerstand gegen das Bahnprojekt immer friedlich geblieben und kannte die vielfältigsten Aktionsformen des zivilen Ungehorsams. Im Gegensatz zu den Polizeikräften, die den Befehl bekamen die Räumung des Parks unter allen Umständen durchzusetzen. Die Justiz soll dies nun absegnen und Wasserdicht machen, indem sie Aktivistinnen und Aktivisten verurteilt - aber wir lassen uns nicht kriminalisieren.

Die Besetzung des Nordflügels am 26. Juli 2010 hat gezeigt, dass die Gegnerinnen und Gegner des Projekts nicht nur aus Stuttgart es als Übel ansehen, wenn Milliarden für ein Prestigeprojekt ausgegeben werden. Vor allem, wenn während die Schulen in auffälligem Zustand sind, es an Jugendclubs fehlt, die öffentlichen Einrichtungen immer mehr profitorientierten Unternehmungen weichen müssen.

Ein Teil der Stuttgarter Jugendkultur, der Schlossgarten und ein funktionsfähiger Bahnhof sollen hier weichen, damit die Fläche und die Umsetzung des Projekts zum Objekt der Profitmacherei und auf das freiwerdende Bauland spekuliert werden kann.

Stuttgart 21 ist nicht das erste Beispiel für Profitlogik entgegen der Interessen der Bevölkerung und wird nicht das letzte Beispiel sein. Es gibt nur einen großen qualitativen Unterschied: in Stuttgart formierte sich ein entschlossener und gewaltfreier Widerstand dagegen.

Als sich ca. 50 Menschen in das Gebäude des Nordflügels begaben, um den geplanten Abriss zu verhindern, durch den vollendete Tatsachen geschaffen werden sollten, war dieser Akt des friedvollen Widerstandes ein Teil davon.

Doch das war keine Aktion Einzelner, sondern während der ganzen Zeit bis zur Räumung des Nordflügels harrten vor dem Gebäude hunderte von Menschen aus und bekundeten lautstark ihre Solidarität mit der Besetzung.

Allen Versuche der Medien und der Politik, die Bewegung zu spalten und zu beenden wurde immer wieder durch gemeinsame Aktionen und Solidarität zwischen den Aktiven ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Bei der Besetzung am 26. Juli waren es Menschen verschiedener Geschlechter,

jedes Alters, verschiedener Berufe und aus verschiedenen Orten, die dort ein Ende des Wahnsinns forderten.

Statt dessen die politischen Verantwortlichen hier zur Rechenschaft gezogen werden, stellt man zu dutzenden Menschen vor Gericht, die von ihrem Recht auf Demonstration, freie Meinungsäußerung und dem Gedanken demokratischer Mitbestimmung Gebrauch gemacht haben. Von denen, die immensen Profit mit diesem Milliardenprojekt machen, wurde bislang niemand zur Rechenschaft gezogen.

Zum Tatbestand selbst muss gesagt werden, dass es eine Farce ist, dass die Bahn Anzeige wegen Hausfriedensbruchs in einem Gebäude erstattet, das zu diesem Zeitpunkt bereits abgerissen werden sollte! Wenig später nur begannen bereits die ersten Entkernungsarbeiten.

Dass der Nordflügel besetzt wurde, steht außer Frage.

Die Gründe, warum er besetzt wurde, stehen auch außer Frage. Ein sofortiger Baustopp, die sofortige Absage an das Wahnsinnprojekt Stuttgart 21 und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Kann dies Bestand einer Straftat sein?

Aus der Sicht der Deutschen Bahn und einer politischen Justiz ist das mit Sicherheit eine Straftat.

Aus Sicht der GegnerInnen und Gegner von Stuttgart 21 und weiten Teilen der Bevölkerung ist das mit Sicherheit ein Mittel, um Widerstand zu leisten. Wir lassen uns nicht kriminalisieren!

Schlussplädoyer

Die heutige Verurteilung von 5 weiteren Aktivisten, die am 26. Juli als Zeichen des Protests gegen den geplanten Abriss des Nordflügels das Gebäude besetzten, zeigt ganz deutlich, dass immer noch ein Interesse daran besteht, Gegnerinnen und Gegner von Stuttgart 21 zu kriminalisieren. Und wenn ich von Kriminalisierung spreche, meine ich nicht die juristische Definition von dem, was ein Bagatellfall ist, sondern von der Außenwirkung, die Herr Häußler angesprochen hat. Durch diese sollen nämlich die politischen Aktivisten in den Augen der Öffentlichkeit diskreditiert und verunglimpft werden.

Es ist notwendig, weiterhin massenhaft wie in den letzten Monaten Widerstand gegen das Projekt zu leisten und sich nicht von Schlichtersprüchen oder Pseudo-Baustopps Sand in die Augen streuen zu lassen.

Was die Bewegung stark gemacht hat waren die Solidarität und der Zusammenhalt, die gemeinsame Organisation und die unglaubliche Ausdauer der Bewegung. Dies wird auch in Zukunft weiterhin wichtig sein - habt einen langen Atem!

Die Grünen und mit ihnen die SPD als Koalitionspartner wurden hier in Baden-Württemberg durch die Massenproteste auf Grund ihrer Absage an das Bahnprojekts an die Landesregierung gebracht.

Nun ist es an ihnen, den Worten Taten folgen zu lassen und den Baustopp innerhalb kürzester Zeit real durchzusetzen und die Menschen nicht auf einen Volksentscheid im Herbst zu verträsten, bei dem das Ergebnis ungewiss ist.

Man darf sich nicht durch leere Versprechungen besänftigen lassen, sondern muss bei jeder politischen Entscheidung der neuen Landesregierung genau hinsehen und prüfen, ob dies dem Willen der Menschen entspricht, die sie gewählt haben.

Es ist eine Unverschämtheit, dass trotz der Abwahl Mappus' und seines Wasserwerfer-Ministers Rech weiterhin Strafbefehle ergehen und Urteile gesprochen werden.

Ein positives Beispiel ist die Freisprechung eines Aktivisten, der einen Tanklastwagen blockierte. Es gibt abgemilderte Urteile. Doch dies alles ist nicht genug, es darf keine weiteren Verurteilung von S-21-GegnerInnen und -gegnern geben, im Gegenteil, die bereits gefällten Urteile müssten überdacht und zurückgenommen werden. Im Gegenzug dafür muss nun aufgeklärt werden, was sich polizeiintern und beim Einsatz am 30.9. im Schlossgarten wirklich abgespielt hat. Die Verantwortlichen dafür müssen die Rechnung tragen.

Die realen Machtverhältnisse haben sich in der Vergangenheit auch hier in Stuttgart nicht in den Parlamenten oder auf dem Papier gezeigt, sondern auf der Straße. Zum Beispiel am Samstag nach dem Schwarzen Donnerstag, als über 100.000 Leute auf der Straße waren und massenhaft klar stellten: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir machen weiter!

Die Besetzung des Nordflügels fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Bewegung zu einer Massenbewegung anschwellte, die bereits jetzt länger durchhält, als die meisten S-21-Befürworter glauben wollten.

Damit darf jetzt nicht Schluss sein und auch nach der Landtagswahl gehen die Proteste gegen das Profitobjekt Stuttgart 21 weiter.

Angesichts sich immer weiter verschlechternder Arbeits- und Lebensbedingungen, massiven Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Agenda 2010 und Gesundheitsreformen war Stuttgart 21 ein Punkt, der das Fass zum Überlaufen brachte und an dem die Menschen dieser Region ihrer Wut Ausdruck verliehen.

Denn in diesem Punkt war es für jeden offensichtlich, dass dahinter die Profitinteressen einer Minderheit und ihrer politischen Vertretung standen. Es sich nicht mehr länger gefallen zu lassen, war die logische Konsequenz. Eine ganze Stadt stand auf gegen eine Kaste von abgehobenen Politikern, die ohne Verständnis und Einsicht in die Bedürfnisse der Mehrheit regierten. Und das ist auch der entscheidende Punkt: bei allem, was geschieht hat sich die Bewegung nie auf die Phrasen der Politik verlassen, sondern hat den Baustopp selbst umsetzen wollen.

Die Aussage am 26. Juli war eindeutig: Baustopp sofort. Und bei Abriss Aufstand? Das nächste mal sollte die Politik die Aussagen der breiten Bevölkerung ernst nehmen. Doch das würde den Interessen jener widersprechen, die sie vertreten.

In diesem Sinne: Oben bleiben!